

# ~~Schillerwiese~~

## 7 mal am Tag ...

**... verschwindet in Bayern eine Fläche von der Größe der Schillerwiese unter Asphalt und Beton.**

Nein, die beliebte Schillerwiese im Bamberger Hain ist nicht vom Flächenfraß bedroht. Sie soll auf unserer Titelseite nur augenfällig darstellen, wie sehr die Landschaften in Bayern gefährdet sind.

In den letzten Jahren wurden im Schnitt 13,1 Hektar Fläche täglich zugebaut. Das entspricht mehr als 18 Fußballfeldern oder eben sieben Schillerwiesen. Auf das ganze Jahr gerechnet sind es 4781 Hektar, in etwa eine Fläche von der Größe des Ammersees. Seit 2000 wurde eine Fläche so groß wie die Städte München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg und Fürth zusammen von der Betonflut überspült.

Ein starker Anlauf, dieser Flächenverschwendung Einhalt zu gebieten, war das Volksbegehren „Betonflut eindämmen“, das allerdings vom Bayerischen Verfassungsgericht gekippt wurde. Umso wichtiger sind nun die Landtagswahlen und eine konsequente grüne Politik.

Flächenfraß droht auch in Bamberg durch ein neues Industrie- und Gewerbegebiet im Hauptsmoorwald. Die Waldfläche die nach den aktuellen Plänen gerodet werden soll, ist 32 mal so groß wie die Schillerwiese. Aber: Gegen dieses Vorhaben stehen immer mehr Menschen auf und setzen sich gegen die Betonflut zur Wehr.

Grüne Politik gegen Flächenfraß – mehr in dieser gatz auf den Seiten 2 und 3

# Gericht ebnet Baggern den Weg für Flächenfraß

Ein Volksbegehren gegen Flächenfraß startete so erfolgreich wie kaum eines in Bayern und wurde dann vom Bayerischen Verfassungsgericht ausgebremst.

Eigentlich hätte die 99Z an dieser Stelle für das Volksbegehren und den anstehenden Volksentscheid „Betonflut eindämmen“ werben wollen. Doch kurz vor Redaktionsschluss lehnte das Landesverfassungsgericht das Volksbegehren aus formalen Gründen als unzulässig ab.

Aber das Problem bleibt unverändert – und natürlich werden die Grünen, die maßgebliche Initiatoren des Volksbegehrens und eines breiten Bündnisses waren, weiter gegen Flächenfraß kämpfen.

Mit dem Volksbegehren wollten die Akteur\*innen vor allem die flächenverschwendenden Planungen verhindern,

die überall in der bayerischen Landschaft zu beobachten sind: immer mehr Gewerbegebiete, Discountmärkte und Logistikzentren auf der grünen Wiese, mit großflächigen Parkplätzen und niedrigen Flachbauten.

Nach dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens sollten künftig nicht mehr als 5 Hektar täglich (aktuell sind es 13,1 Hektar) verbraucht werden dürfen. Diese Grenze orientierte sich an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, die den Flächenverbrauch in Deutschland auf 30 Hektar beschränken will – der bayerische Anteil daran beträgt 5 Hektar. Die Landesentwicklungspla-

nung sollte festlegen, wo wie viel Gewerbe sinnvoll ist, und das unselige Konkurrenzdenken zwischen den Kommunen (wer bietet die größten und billigsten Gewerbeflächen?) beenden. Effektive Kooperation statt verschwenderisches Kirchturndenken – das war das Ziel.

Doch dem Bayerischen Verfassungsgericht war diese Vorgabe zu unbestimmt und es erklärte den Gesetzentwurf des Volksbegehrens für unzulässig. Es folgte damit weitestgehend der ebenfalls ablehnenden Haltung der bayerischen CSU-Regierung. Laut Gericht würden die „erforderlichen Vorgaben“ fehlen, „nach denen die Staatsregierung als Verordnungsgeber des Landesentwicklungsprogramms die Aufteilung des zulässigen Flächenverbrauchs auf die einzelnen Planungsträger vorzunehmen hätte“.

Das ist vom Volk als Gesetzgeber viel verlangt und macht eine Volksgesetzgebung zu diesem Thema nahezu unmöglich, denn Bürger und Bürgerinnen verfügen nicht über die

Ressourcen eines Regierungsapparates zur detaillierten Ausarbeitung von Gesetzen und dazugehörigen Verordnungen. Dass das Gericht dies nicht berücksichtigt und die im Gesetzentwurf enthaltene Zielvorgabe als unzureichend beurteilt, ist somit ein herber Schlag nicht nur für dieses Volksbegehren, sondern auch generell für die direkte Demokratie in Bayern.

Immerhin: Dass das Land Bayern eine landesweit geltende Obergrenze für Flächenverbrauch einführen kann, hat das Gericht im Grundsatz für möglich erklärt. Inhaltlich wäre die Zielsetzung also korrekt.

## Bündnis gegen Flächenfraß „Betonflut eindämmen“

Mehr als 40 Institutionen unterstützten das Volksbegehren: neben den Initiatoren (Grüne Bayern, ödp, ABL): Landesband für Vogelschutz LBV, Bund Naturschutz, Verkehrsclub Deutschland VCD, Naturfreunde, Katholische Landvolk-Bewegung KLB, Allgemeiner Deutscher Fahrradclub adfc, LVÖ (=Bio-land/Naturland/demeter), u.v.m.

48.225 Unterschriften wurden eingereicht, so viele wie nie zuvor bei einem bayerischen Volksbegehren (nötig sind 25.000).

Das Gerichtsurteil ist nun zu akzeptieren. Bekämpft werden muss weiterhin mit Nachdruck eine CSU-Politik, die gegen Flächenverbrauch allenfalls mit Appellen und Freiwilligkeitserklärungen vorgehen will. Das Bündnis hinter dem Volksbegehren hat bereits erklärt, dass es aktiv bleibt. Dass sich etwas

bewegt und die Menschen sensibilisiert wurden, ist ein unbezweifelbarer Erfolg der Begehrens-Initiative. Die Landtagswahlen stehen an. Überzeugende Konzepte sind nun gefragt. Konsequente gesetzliche Vorgaben wird es nur mit anderen Mehrheiten im Landtag geben.

595

## Jonas Glösenkamp



»Bayern verliert sein Gesicht: Jeden Tag werden 18 Fußballfelder zubetoniert. ›Global denken – lokal handeln‹ bedeutet: Wir müssen neu denken und vor Ort mit dem Flächensparen anfangen!«

*Brief ans Rathaus*

**GAL**  
Stadtratsfraktion

Bamberg, im August 2018

Betrifft: Zu arm für Armutsbericht?

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, hey, Andy, du Salon-Sozi!*

Dass du dich mit Armut nicht gern beschäftigst, dass wissen wir ja – die Seiten fehlen in deinem roten Parteibüchlein ganz einfach. Und so hat es uns auch überhaupt nicht gewundert, dass du auf einen Antrag des Kollegen Schwimmbeck (BaLi), einen Armutsbericht für die Stadt zu erstellen, mit einem fetten „Nein“ geantwortet hast – und mit der Begründung, dass „(...) dafür kein Budget vorhanden ist und wir kein Institut beauftragen können.“

Komm, Andy, echt jetzt, du kannst auch ganz anders: Wenn dem Brose-Chef Stoschek mal eben aufm Klo einfällt, dass er sich eine neue Multifunktionshalle für 10.000 Leute wünscht, dann machst du mit schwungvoll elastischem Handgelenk satte 175.000 Euro locker, um eine so genannte Konzeptstudie mitzufinanzieren. Hallen sind halt eher so dein Ding, gell? Da kann man Grundsteine setzen, Bänder durchschneiden und mit dem Stoschek an irgendeinem Rathaus-Tisch Unterschriften wo drunter setzen – immer schön im wärmenden Blitzlichtgewitter.

So betrachtet hätten wir da aber auch beim Thema Armut ein paar echt geile Pressefoto-Ideen für dich: Lass dich mal auf dem Eberth-Gelände in der Gereuth ablichten, wo du seit Jahren den Bau von Sozialwohnungen versprochen hast und immer noch kein einziger Klumpen Mörtel gemischt wurde. Oder du schüttelst vor der Fotolinse den Flüchtlingen die Hand, denen dein Sozialamt als Handlanger der CSU-Landesregierung unrechtmäßig die Leistungen gekürzt hat, was durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts unlängst gestoppt wurde. Oder du veranstaltest deine nächste öffentlichkeitswirksame OB-Fahrradtour mit Bamberger Bürger\*innen zu Stätten der Armut in Bamberg, von der TH2 über die Tafel bis zu „Menschen in Not“ – dann kommst du da auch mal (wieder?) hin.

Ein wahrer Selbstdarsteller darf keine Tabu-Themen kennen, Andy, alles andere wäre ein Armutszeugnis! Even poor news are good news ... oder so ähnlich ...

Mit solidarischen Grüßen

*Deine GAL Fraktion*



Flächenverschwendung durch Flachbauten und große Parkplätze, hier im Gewerbegebiet zwischen Memmelsdorf und Drosendorf.  
Foto: Georg Lunz

## SOS !!! Knoblauchkröte, Prachtnelke und Warzenbeißer in Gefahr

Die Grünen im Landtag haben einen Entwurf für ein Artenschutzgesetz ausgearbeitet.

Nicht nur Flächenversiegelung zerstört Lebensräume, auch Gifteinsatz in der Intensiv-Landwirtschaft und zunehmender Automobilverkehr sind Ursachen für ein dramatisches Artensterben in Bayern. Alleine die Zahl der Wildbienen und Schmetterlinge in Bayern ist in den vergangenen 30 Jahren um bis zu 75 Prozent zurückgegangen, mit Folgen für all die Pflanzen- und Tierarten, die von ihnen abhängen, sei es in der Nahrungskette, sei es zum Bestäuben.

Die bayerische CSU-Staatsregierung verspricht seit vielen Jahren wirkungsvolle Maßnahmen, um gegenzusteuern. 2008 kündigte sie an, das Arten- und Biotopschutzprogramm ABSP fortzuschreiben – und hat es bis heute nicht getan, offiziell aufgrund mangelnder finanzieller Mittel.

Die grüne Landtagsfraktion legt nun einen eigenen Artenschutz-Gesetzentwurf vor, bei dem es um drei zentrale Ansätze geht:



Der Warzenbeißer, eine Laubheuschrecke, ist nicht nur grün, er braucht auch die Grünen.  
Foto: pixelio.de

1. Per Gesetz soll der Einsatz von Pestiziden und Düngern in der Landwirtschaft und im staatlichen sowie im privaten Bereich drastisch zurückgefahren werden.
2. Lebensräume für Wildtiere und -pflanzen sollen rechtlich gesichert, geschützt und wo möglich zusätzlich geschaffen werden.
3. Der Förderrahmen im bayerischen Agrarwirtschaftsgesetz soll angepasst werden, um ökologisch wertvolle Kleinstrukturen zu erhalten bzw. neu zu schaffen.

## Fehlanzeigen

Insgesamt leben in Bayern rund 80.000 Tiere und Pflanzenarten. Nur für etwa 30 % davon gibt es genügend Erkenntnisse, um eine verlässliche Populationsbeurteilung vorzunehmen. Von diesen sind aktuell mehr als 40 % gefährdet. Beispiele:

- 54 % der 210 beobachteten Brutvogelarten befinden sich „in einem ungünstigen Erhaltungszustand“.
- 42 % der 79 heimischen wildlebenden Säugetierarten stehen aktuell auf der Roten Liste.
- 59 % von 165 Tagfalterarten in Bayern sind offiziell bestandsgefährdet, 17 weitere Arten stehen auf der Vorwarnliste – Bayerns Schmetterlinge sind weit überdurchschnittlich in ihrem Bestand gefährdet.

Quellen:  
www.lfu.bayern.de  
www.ludwighartmann.de

# Wird der Hauptsmoorwald zersägt?

60 Hektar Wald in Bamberg-Ost sollen Industrie- und Gewerbebauten weichen, doch engagierte Bürgerinnen und Bürger stellen sich dagegen.



Von Wald überwachsene ehemalige Militärbunker auf dem MUNA-Gelände im Hauptsmoorwald.

Foto: Martin Bucker

„Gewerbepark Geisfelder Straße“ – diesen harmlos gemütlich klingenden Titel trägt derzeit ein Bebauungsplanverfahren, aus dem ein neues Industrie- und Gewerbegebiet hervorgehen soll: 63,34 Hektar Industrie- und Gewerbebauten, plus Verkehrsflächen mit weiteren 23,87 Hektar. Ca. 74 Hektar

davon sind Gewerbefläche, die ganz neu entsteht, und davon sind wiederum gute 60 Hektar bewaldetes Gebiet, müssen also abgeholzt werden. Zum Vergleich: Der Bamberger Hainpark (Luisenhain und Theresenhain) umfasst nur 47 Hektar, und die Schillerwiese (siehe Titelseite) würde 32 mal auf die

zu entwaldende Fläche passen. Angeblich hat die Stadt einen Bedarf an neuen Gewerbeflächen in Höhe von 71 Hektar. Doch von wem konkret und für was genau, liegt völlig im Dunkeln, denn die Stadtverwaltung gibt nicht einmal dem Stadtrat Auskunft darüber und macht sich damit selbst unglaubwürdig. Gemunkelt wird von Ansiedlungsinteressen großer Logistik-Unternehmen, die große Flächen verbrauchen, viel Schwerlastverkehr verur-

sachen, kaum Arbeitsplätze schaffen und nur wenig Gewerbesteuer zahlen. Von den Plänen ist der Hauptsmoorwald massiv betroffen: Insgesamt gut 60 Hektar teils wertvoller und Jahrzehnte alter Waldbestand sollen gerodet werden, das ist die Größe von 85 Fußballfeldern. 22 gefährdete Tiere der Roten Liste, Sandmagerrasenflächen, Biotop und das größte Naherholungsgebiet des Bamberger Ostens stehen auf dem Spiel.

2015 erst befand der Bundestag Teile des Hauptsmoorwaldes für so wertvoll, dass er sie zum Nationalen Naturerbe erklärte. Jetzt will die Stadt Bamberg ein paar hundert Meter weiter Waldfläche roden, die zu genau demselben Hauptsmoorwald gehört, mit ihm eine Einheit darstellt und ebenso geschützt werden muss.

Wird der so genannte „Gewerbepark“ verwirklicht, bedeutet das für die Anwohnenden in Bamberg-Ost mehr Lärm, mehr Verkehr, höhere Umweltbelastung, schlechteres

Kleinklima, Ausblick auf bis zu 40 Meter hohe Industriebauten und einen erschwerten Zugang zum Wald dahinter.

Die GAL-Stadtratsfraktion hat von Anfang an gegen die Pläne argumentiert und ihre Zustimmung verweigert. Mit einem von Betroffenen in Bamberg-Ost initiierten Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheid soll nun das Bebauungsplanverfahren gestoppt werden und der Wald erhalten bleiben. Die Bamberger Grünen sind mit dabei!

sys

## Grüne Türöffnerin

Auch die Verkehrspolizei will expandieren, weil ihr Gebäude in der Schildstraße nicht mehr ausreicht. Ausgesucht hat man sich ein Gelände im Hauptsmoorwald, am Ende der Moosstraße, das dem Freistaat gehört und komplett bewaldet ist. Für den Neubau müssten (je nach Bauplänen) 2 bis 3 Hektar Wald verschwinden. Das Bauvorhaben ist Bestandteil des Bebauungsplans für einen „Gewerbepark Geisfelder Straße“. Das Bürgerbegehren „Rettet den Hauptsmoorwald“ will also auch diesen Neubau verhindern.

Die Bamberger Grünen haben sowohl der Stadt als auch dem Innenministerium (als Bauherr) gegenüber Alternativvorschläge gemacht – etwa das jetzige Areal an der Schildstraße, das von Polizei und Arbeitsagentur genutzt wird, aufzustocken und unbebaute Flächen (etwa Parkplatz) zu überbauen, oder ein städtisches Anwesen in der Benzstraße zu nutzen – aber beides wurde abgelehnt.

Von der Bürgerinitiative wurde eine Petition gestartet, in der das Innenministerium zur alternativen Standortsuche und zum Erhalt des Hauptsmoorwaldes aufgefordert wird. Nachdem sich das Innenministerium auf Anfrage der BI weigerte, die 7.200 Unterschriften bei einem Besuchstermin in München entgegenzunehmen, sprang die Grünen-Landtagsabgeordnete Ulrike Gote ein. Dank ihrem Beisein konnten die Listen von den BI-Aktiven Stefan Kurz, Karoline Scharf und Karin Einweg Mitte Juni vor einer Plenarsitzung im Landtag an den CSU-Innenstaatssekretär des Innenministeriums überreicht werden.

# Steigerwald – Naturerbe von Weltrang

Der fränkische Buchenwald mit alten starken Buchen repräsentiert einen Naturraum, wie er einst weite Teile Deutschlands bedeckte.

Bayern und Deutschland hinken beim dauerhaften Schutz sich natürlich verjüngender Wälder weit hinterher. Vor elf Jahren beschloss die Bundesregierung, 10 % des öffentlichen Waldes der natürlichen Entwicklung zu überlassen. Das Ziel sollte bis 2020 erreicht werden. Heute bedecken die vierzehn Nationalparke Deutschlands nur 0,6 % der Landesfläche. Welches Recht maßt man sich an, den Schutz der Meere und der Regenwälder zu fordern, wenn zu Hause nicht einmal den eigenen, geschweige denn den europäischen Verpflichtungen nachgekommen wird.

Der Schutz der alten Buchenwälder ist das Naturerbe, das Deutschland der Weltgemeinschaft schuldig ist. Einst war Deutschland Buchenland, doch in den letzten tausend Jahren wurde die Buche zugunsten schnell wachsender Baumarten

massiv zurückgedrängt. Nur 7 % der ursprünglichen Buchenfläche sind heute noch übrig. Vor allem in Bayern mangelt es an alten Wäldern mit starken Buchen. Nicht so im Steigerwald. Dort wurden seit Jahrzehnten Buchenwälder aus der Nutzung genommen. Bäume werden in Ruhe alt und erwecken mit ihrem Tod ein Füllhorn an tierischem und pflanzlichem Leben.

Bei jeder noch so nachhaltigen Nutzung werden die Bäume in jungen Jahren gefällt. „Natur Natur sein lassen“ ist die ganz einfache Nationalparkformel für lebendige Vielfalt. Das kriegen Wälder am besten ohne Eingriffe des Menschen hin.

Und wem es nicht genügt, sich an der satten Ursprünglichkeit natürlicher Wälder zu laben, der möge sich die Chancen für die Region vor Augen halten: Förderung eines nach-

haltigen Tourismus und Investitionen in die Infrastruktur.

Und was sagen die Gegner? Sie reden von einem Eingriff in „ihren“ Steigerwald, den „sie“ am besten schützen können. Unsinn, denn der Nationalpark Steigerwald würde ca. 11.000 Hektar Staatsforst umfassen, keinerlei Privateigentum. Der Staatsforst gehört uns allen. Alle sind gefordert, ihrer Verantwortung für die Zukunft gerecht zu werden.

Ein Teil der Arbeitsplätze in den wenigen Sägewerken gehen verloren. Neue Arbeitsplätze entstehen, etwa im Tourismus oder im Nationalparkmanagement.

Am 9. Juni wurde auf dem Maxplatz in bunter Atmosphäre der Nationalparktag Steigerwald gefeiert. In seinem leidenschaftlichen Plädoyer pro Nationalpark machte Prof. Dr. Hubert Weiger vom BUND Deutschland deutlich: Nachhaltigkeit gibt es nicht zum Nulltarif, denn Einbußen bei der Holzernie im Steigerwald sind unvermeidlich. Holz ist unser einziger nachwachsender Rohstoff, sein Anbau ist notwendig zur Bekämpfung des Klimawandels. „Holzäcker“, also wirtschaftlich genutzter Wald, sollten allen fachlichen Ansprüchen an Artenvielfalt, Nachhaltigkeit, Boden- und

Wasserschutz, Luftreinhaltung und Erholungswert genügen, können aber niemals ursprüngliche Waldvielfalt ersetzen.

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete aus Bamberg, Lisa Badum, appellierte an die Bayerische Staatsregierung: „Wir wollen kein Greenwashing und kein Schummelkonzept, mit dem Touristen für einen kurzen Stopp von der Autobahn gelockt werden, wenn hinten rum die Fällung wertvoller Bäume bereits angekündigt ist.“ Trittsteine, Tracking und Baumwipfelpfade ersetzen keinen flächendeckenden Natur- und Artenschutz.

Wolfgang Schenker

„Wer einen Wald von Vorurteilen pflanzt, dem gedeihen Holzwege in Hülle und Fülle.“

Ernst Ferstl, österreichischer Schriftsteller



Machen Sie Ihren Strom doch einfach selbst!

Wir haben 28 Jahre Erfahrung im Umgang mit Energie und über 3000 Solarprojekte realisiert

- ▶ Unabhängigkeit von steigenden Strompreisen
- ▶ Sicherheit durch festen Strompreis - 25 Jahre lang

EBITSCHenergietechnik GmbH - [www.ebitsch-energietechnik.de](http://www.ebitsch-energietechnik.de)  
96199 Zapfendorf - Bamberger Straße 50 - Tel. 09547 87050



**EBITSCH**  
energietechnik

**Kurt Meier Umzüge**  
Gabelberger Str. 2 · 96050 Bamberg  
Tel. 09 51 / 20 22 76  
Nah- & Fernumzüge  
Entrümpelungen · Kleintransporte

**MUSSÄROL**  
Bamberger Kräutergärtnerei  
Gewürz- und Teekräuter  
Duft-, Aroma- und Heilpflanzen  
Jetzt: sonnengereifte Bio-Tomaten!  
Hoffaden mit Schaukräutergarten geöffnet:  
April – Oktober  
Mi 14 – 18 Uhr  
Fr 10 – 18 Uhr  
Sa 9 – 14 Uhr  
Kräuter- und Gärtnerstadtführungen  
Nürnberger Str. 86  
Bamberg  
0951-22023  
[www.biokraeuter.info](http://www.biokraeuter.info)  
Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau

## Ursula Sowa

Direktkandidatin für den Landtag (Erststimme)

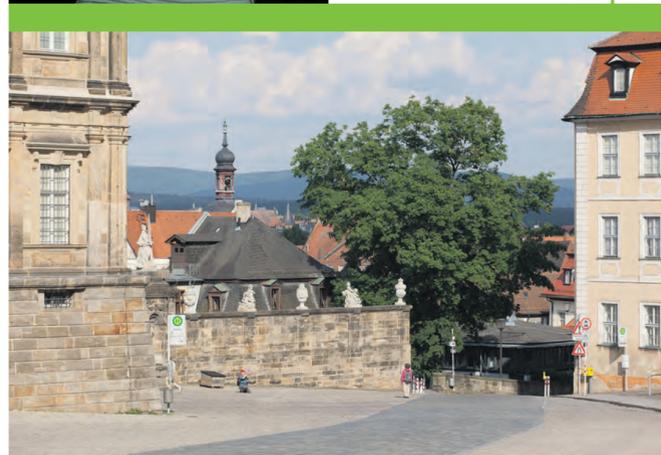


### Steckbrief:

61 Jahre +++ Architektin +++ verheiratet, drei Kinder, drei Enkelkinder +++ Stadträtin und GAL-Fraktionsvorsitzende +++ Zweite Vorsitzende der „Freunde der Villa Concordia“

www.ursula-sowa.de  
facebook: Ursula Sowa  
Twitter und Instagram: @ursula\_sowa

### Domplatz



Hinter diesem Blick lässt sich leicht die Architektin erkennen: Ursula Sowa geht an einen ganz bestimmten Punkt auf dem Domberg, die Gebäude geben von hier aus einen Rahmen für den Blick in die Ferne. „Für mich ist das wie ein Fenster ins Weite: Dachlandschaft, Bamberg-Ost, der Jura – immer mit wechselnden Farben, jeden Tag anders, und Grün mittendrin“, erklärt sie. Den Domplatz liebt sie, seine schützende Form, mit den verschiedenen Maßstäben und Baustilen, die aber dennoch stimmig zueinander wirken.

Dieses Zusammenspiel berührt Ursula Sowa jeden Tag, wenn sie mit ihrem Fahrrad über den Domberg fährt und – wenn auch nur für einen kurzen Moment – genau diesen Blick genießen darf. Sie wohnt im Berggebiet, in dem von ihrem Großvater gebauten Haus, zusammen mit ihrem Mann und der jungen Familie ihrer Tochter. Ein lebendiges Drei-Generationen-Haus sozusagen, und wenn die Rede vom kleinen Enkel Oskar ist, leuchten die Augen der Oma vor Begeisterung.

Ursula Sowa hat einen genauen Blick, mit Sinn fürs Detail. Während wir uns auf die Bank vor der Alten Hofhaltung setzen, fallen ihr sofort die Zigarettenkippen am Boden auf. Da mögen offenbar auch andere die Aussicht über Domberg und Stadt, das gefällt ihr, die herumliegenden Kippen eher nicht. Ihr genauer Blick ist immer politisch, nachforschend, interessiert.

In die Politik ist sie 1990 eingestiegen, damals noch mit kleinem Baby im Still-Alter, das ab und zu mal in Stadtratssitzungen mitgenommen wurde und die vorwiegend männlichen Kollegen der anderen Fraktionen einigermaßen irritierte. 2002 wurde sie in den Bundestag gewählt. „Die intensivste Zeit meines Lebens“, sagt sie heute, die mit der Abwahl der Schröder-Regierung jedoch abrupt endete. Seit 2008 ist Ursula Sowa wieder Mitglied im Bamberger Stadtrat und vermutlich das bekannteste grüne Gesicht in Bamberg.

### Wohnungstauschabend

Finde ein neues Zuhause und / oder Nachmieter\*innen.  
Details unter ursula-sowa.de  
Donnerstag, 4. Oktober, 2018, ab 19 Uhr  
Collegium Oecumenicum, Joseph-Kinderhohen-Straße 5

Auf die Frage, warum sie grün-politisch aktiv ist, schaut Ursula Sowa mich erstaunt an. Sie habe schon viele Dinge in Frage gestellt, antwortet sie, das aber nicht. Sich in die Gesellschaft einzubringen ist für sie so selbstverständlich wie Essen und Trinken – man glaubt und weiß das, wenn man sie kennt. So gesehen war die Frage ebenso rhetorisch wie überflüssig.

Aber was treibt sie jetzt in den Landtag, wo sie als Spitzenkandidatin auf Platz 1 in Oberfranken ihren Sitz so gut wie sicher hat? Bei ihrem Thema Nummer Eins kommt wieder die Architektin durch: Wohnungsmangel ist nicht nur in Bamberg ein Thema, an dem sie sich festgebissen hat, in ganz Bayern fehlt es an bezahlbaren Wohnungen.

Ursula Sowa schwebt zudem eine neue Form der Städtebauförderung vor: Stadtviertel als ganzes entwickeln, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und integrative Bezüge mitdenken, mit zukunftsfähiger energetischer Versorgung und ökologischen Baumaterialien. Hier will sie Projekte anstoßen. Sie denkt in Visionen und innovativ, hat keine Scheu vor Neuem, Unausprobiertem, vielleicht Experimentellem. Man erkennt eine Politikerin mit Jahrzehnten Polit-Erfahrung, die dabei aber nicht abgestumpft und träge geworden ist. Das fällt auf.

Wenn sie erst mal in Fahrt ist, sprudelt es aus Ursula Sowa förmlich heraus. Auch für ihre Heimatstadt Bamberg will sie künftig weiter kämpfen. Um Fördermittel will sie sich bemühen. Beim Bahnausbau lässt sich die Stadt ihrer Meinung nach viel zu viel gefallen. Das große Flüchtlingszentrum AEO ist ihr – in der jetzigen Form – ein Dorn im Auge. Im städtischen Ombudsteam für die AEO, das auf GAL-Antrag ins Leben gerufen wurde, ist sie vertreten und prangert immer wieder die Missstände an, die sowohl den Flüchtlingen als auch den Anwohnenden schaden. Kultur und gerechte Teilhabe für alle ist ihr ein großes Anliegen, das sie schon während ihrer Bundestagszeit beackerte.

Eine energiegeladene Frau ist diese Grünen-Kandidatin, die nach München in den Landtag strebt. Kein komfortables Ziel in einem seit mehr als einem halben Jahrhundert tiefschwarz regierten Bayern. Aber das schreckt sie nicht. Und es ist offensichtlich: Sie ist bestens gewappnet.

# Auf einen Blick ...

## Jonas Glüsenkamp

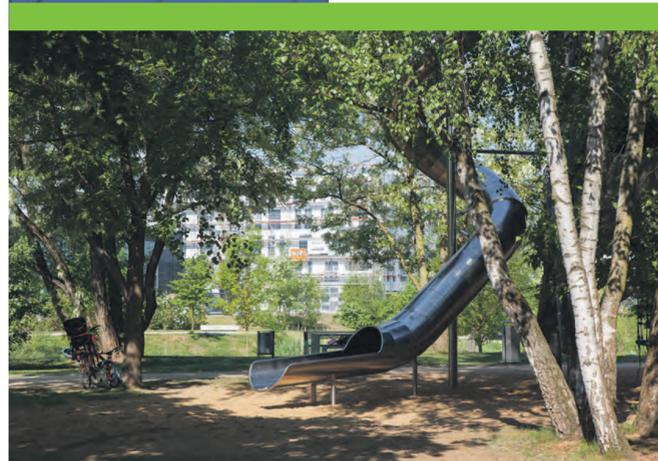
Kandidat für den Landtag, Listenplatz 16 (Zweitstimme)



### Steckbrief:

30 Jahre +++ Volkswirt M.Sc. +++ Mitarbeiter der Geschäftsleitung eines Ökostromanbieters +++ verheiratet, ein Sohn (2 Jahre) +++ GAL-Vorstandsmitglied seit 2016 +++ Mitbegründer von „pulse of europe“ +++ Ideengeber für den „Bambecher“ +++ aktiv beim Radentscheid Bamberg und der BI „Rettet den Hauptmoorwald“

### ERBA-Park



Der Blick von Jonas Glüsenkamp ist ebenso aus seinem Alltag gegriffen wie er gleichzeitig ein politisches Statement darstellt. Quer über den Spielplatz im ERBA-Park, vorbei an Rutsche, Kindern und Eltern führt er direkt auf die neu und schick gebauten Wohnhäuser auf dem früheren Industrie-Gelände.

„Ich sitze hier oft am Wochenende mit meiner Frau, während unser kleiner Sohn Noah auf dem Spielplatz unterwegs ist“, erklärt Jonas Glüsenkamp. An dem Spielplatz gefällt ihm der Trubel der unterschiedlichsten Menschen: „Hier haben alle Zugang, dieser Raum ist offen und wird von allen genutzt, egal woher man kommt. Das mag ich.“ Die Häuser im Hintergrund hat er bewusst gewählt, denn: „Dort ist das leider nicht der Fall, dort wurde die Chance verpasst, es so bunt hinzubekommen wie auf dem Spielplatz.“

Wohnraum schaffen, insbesondere bezahlbaren und solchen für sozial Schwache, hält er für das derzeit wichtigste politische Thema – in Bamberg, aber auch in ganz Bayern. Die Politik müsse es sich zum Ziel setzen, gemischte Wohngebiete zu schaffen, meint Glüsenkamp, damit keine Reichen- und Armen-Ghettos entstehen. In Bamberg seien solche Abgrenzungen in den letzten Jahren leider immer deutlicher geworden: Oft reicht schon ein Blick auf den Lohnzettel oder die Herkunft um zu wissen, wer wo wohnt. Grüne Politik wolle hier gegensteuern: „Nicht solche überkommenen Strukturen auch noch ausbauen, sondern auf Ausgleich achten. Eine Gesellschaft darf unten keinen raus fallen und ver-

ren gehen lassen, aber auch oben keinen raus gehen und sich aus der Solidargemeinschaft verabschieden lassen.“

Jonas Glüsenkamp selbst kommt – so würde man das vermutlich formulieren – aus der gesellschaftlichen Mitte. Katholisches Elternhaus in Osnabrück – schon sein Name lässt ja den Verdacht des westfälischen Migrationshintergrunds aufkommen. Aber für Bamberg ist sein Herz inzwischen entflammt, privat und politisch. Er kam zum Studium der Volkswirtschaft nach Bamberg, arbeitet jetzt bei einem Ökostromanbieter in der Region und ist heute hier familiär fest verankert.

Hat ein 30-jähriger, junger Vater in den ersten Berufsjahren nichts Besseres zu tun als sich bei den Grünen zu engagieren? Nein, antwortet der Nachwuchspolitiker belustigt. Engagement war ihm schon in die Wiege gelegt. Seit er 16 ist, hat er sich in viele Initiativen politisch eingebracht. Er kann sich das offensichtlich gar nicht vorstellen, einfach nur sein eigenes Leben zu leben. „Das mag jetzt pathetisch klingen“, sagt er ein bisschen verlegen, „aber ich weiß es zu schätzen, wie gut es mir persönlich geht, und ich will deshalb etwas dafür tun, dass es anderen und nachfolgenden Generationen auch gut geht.“

Man glaubt ihm das, dem jungen Mann auf der Parkbank mit Blick Richtung Blechruische und Trampolin, dem das Wort „Visionen“ mit sehr glaubwürdiger Entschlossenheit und Zuversicht über die Lippen kommt.

Steckbrief:  
51 Jahre +++ M.A. Germanistik/Politische Wissenschaften +++ freiberuflicher Künstler-Manager und Festivaalleiter +++ verheiratet, drei Söhne (22, 18, 14 Jahre) +++ grünes Kreisratsmitglied seit 2014 +++ Kirchenvorstandsmitglied  
www.andreas-loesche.com  
facebook.com/andyloesche  
instagram/andyloesche  
twitter.com/AndreasLoesche  
youtube: Andreas Loesche

## Andreas Lösche

Direktkandidat für den Bezirkstag (Erststimme)



### Spezi-Keller



Andreas Lösche verkünstelt sich nicht. Er steht dazu, dass sein Blick ein klassisch-kitschiger Touri-Blick ist, über die Dächer von Bamberg mit den vielen Kirchen – Weltkulturerbe-Idylle vom Feinsten. Vom Spezi-Keller aus geht dieser Blick, wo Lösche gerne sitzt, weil das für ihn „typisch bambergerisch“ ist, urtümlich, mit fränkischem Bier.

Tatsächlich ergattern wir beim Foto-Termin genau seinen Lieblingsplatz, und prompt laufen ein paar Touristen an uns vorbei und lassen den passenden Kommentar „Geiler Blick, wa?“ fallen. Na also, wer sagt's denn ...

Andreas Lösche gefällt zudem das viele Grün an diesem Blick, weil er die Natur in der Stadt schätzt und sie gerade an dieser Stelle so üppig ist. Im benachbarten E.T.A.-Hoffmann-Gymnasium ging auch noch sein ältester Sohn in die Schule, und mit seinem eigenen Lebenslauf verbindet sich der Spezi-Keller außerdem.

„Ich habe hier mein halbes Studium verbracht“, witzelt Lösche, der zum Studium der Germanistik und Politikwissenschaften 1990 nach Bamberg kam. Und setzt gleich oben drauf: „Wenn es damals schon so viel IT wie heute gegeben hätte, hätte ich mein Geschäft gleich hier aufgemacht.“ Sein Event-Management für Künstler\*innen und Konzerte meint er damit. Er ist freiberuflicher Agent von einem guten Dutzend Musiker\*innen und künstlerischer Leiter von Blues- und Jazz-Festivals in aller Welt. Damit hat er schon während des Studiums angefangen und sein Geld verdient.

Zur Musik ist seit 2005 aber auch grüne Politik hinzugekommen. Als Oberhaider ist Andreas Lösche bei den Grünen im Landkreis aktiv, war über zehn Jahre im Vorstand, seit 2014 ist er Mitglied im Kreistag. Kultur ist auch hier eines seiner Schwerpunktthemen, der Schutz des Steigerwalds ist ihm ein Anliegen, und im Bereich Bildung bringt er sich ein. Nicht so ganz einfach ist grüne Politik auf dem Land, wo allein schon die Wählerzahlen erwartungsgemäß niedriger sind als in der Stadt.

Aber Lösche bleibt dran: Auch wenn seine fünfköpfige Kreistagsfraktion zum Beispiel keinen Sitz im Zweckverbandsrat für die Bamberger Gymnasien hat, ist er doch regelmäßig bei Sitzungen vertreten. Und er kann sich schon ziemlich darüber aufregen, wie dort Schulpolitik betrieben wird, etwa bei der Diskussion um den künftigen Standort des Dientzenhofer-Gymnasiums. „Ein externes Gutachten nach dem anderen wird in Auftrag gegeben, nur weil der Landrat nicht zugeben kann, dass er falsch liegt. Aber eine Schulleiterin redet sich den Mund füllend, sie wird von der Politik einfach nicht ausreichend beachtet.“ Er will Schulen anders entwickeln, partizipierend und bedarfsgerecht, das heißt zusammen mit den Betroffenen, mit Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern.

Sein spürbares Engagement, wenn er für ein Thema brennt, mag dann gar nicht mehr so recht zu dem harmonischen Bamberg-Blick passen, den er gewählt hat. Aber für Lösche gehört beides zusammen: Politik – anstrengend und mühsam – und Keller – bodenständig und geruhsam.

Vier Kandidatinnen und Kandidaten treten im Oktober für die Bamberger Grünen zur bayerischen Landtags- und Bezirkstagswahl an. Was sind das für Leute? Die ganz wollte einen etwas tieferen, persönlicheren Blick erhaschen und hat die vier deshalb nach „ihrem“ Blick auf die Stadt gefragt. Vier Blicke, vier Fotos, vier Momentaufnahmen – sie sollen etwas aussagen über die Menschen, die sich für grüne Politik und mit grüner Politik zur Wahl stellen. *Texte: sys, Fotos: Erich Weifs*

## Anna-Sophie Braun

Kandidatin für den Bezirkstag, Listenplatz 5 (Zweitstimme)

Steckbrief:  
28 Jahre +++ M.Sc. Psychologin +++ Neuropsychologin in der Reha-Klinik Staffelfeinstein +++ GAL-Vorstandsmitglied seit 2017 +++ Mitbegründerin und aktiv bei der Solawi Bamberg



### Luitpoldstraße



Ihren Blick vom Bahnhof direkt in die Luitpoldstraße hat Anna-Sophie Braun fast täglich, wenn sie von Ihrer Arbeitsstelle in der Reha-Klinik in Bad Staffelstein mit dem Zug nach Bamberg pendelt. Aber auch sonst reist sie viel mit dem Zug. „Und immer wenn ich aus dem Bahnhof komme, vermittelt dieser Blick mir ein Gefühl von Zuhause und Heimkommen.“ Ein sehr persönlicher und emotionaler Blick also, den sie mit der ganz teilt.

Geboren ist Anna-Sophie Braun in Oettingen in Bayern, im Nördlinger Ries, ein „Kraterkind“, wie sie sagt. Aber seit 2009, als sie zum Psychologie-Studium nach Bamberg kam, hat sie in Bamberg ein neues Zuhause gefunden. Nach Unterbrechungen – Auslandsstudium und Berufsanfangszeit – ist sie gerne und gezielt hierher zurückgekommen und hat auch ihren aus Frankreich stammenden Partner für die Stadt begeistert können.

Dass das junge Paar hier feste Wurzeln schlägt, kann man in diesem Fall sogar wörtlich nehmen. Beide sind wichtige Säulen der Solawi Bamberg (Solidarische Landwirtschaft), eine Vereinigung von Leuten, die gemeinsam einen Gärtner – und genau der ist Anna-Sophies Lebenspartner Matthieu – eingestellt haben. Das angebaute Gemüse wird dann unter allen aufgeteilt. Die junge Grünen-Politikerin ackert also viel auf einem Feld in der Galgenfuhr, das in diesem Jahr erstmals Früchte trägt. Das Anbauisiko teilen, fair bezahlen, ökologisch und regional wirtschaften – das sind die Grundsätze einer Solawi – und für Anna-Sophie Braun gleichzeitig grüne Politik.

Sind solche Gemeinschaftsprojekte nicht ziemlich anstrengend? „Sie haben schon eine eigene Dynamik, aber gerade das ist auch spannend“, sagt sie. „In unserer Gruppe hat inzwischen jeder seine Rolle gefunden, von IT-Aufgaben bis hin zu Behördenkontakten, alle können ihr Potenzial einbringen.“ Anna-Sophie Braun macht viel in der Organisation und hat die Finanzplanung übernommen. „Und ich bin so etwas wie die Kommunikations-Schnittstelle zum Gärtner“, fügt sie lachend hinzu.

Erde schaufeln und Unkraut jäten sind jedenfalls etwas völlig anderes als ihr täglicher Job in der Klinik, wo sie seit zwei Jahren als Neuropsychologin vor allem mit Menschen nach Hirnverletzungen arbeitet, zum Beispiel aufgrund eines Schlaganfalls oder schweren Unfalls. Und doch findet sie auch noch Zeit für die Bamberger Grünen, seit einem Jahr ist sie dort im Vorstand aktiv. Warum bei den Grünen? „Das ist für mich die einzige Partei, die mit Weitblick ökologisch denkt und sich ernsthaft dem Klimawandel entgegenstellt, gleichzeitig aber auch soziale Gerechtigkeit im Auge hat.“

Und warum ist Politik überhaupt für sie so wichtig? „Es stört mich viel. Aber ich will nicht nur kritisieren und meckern, sondern auch was zu einer Änderung beitragen.“ Sagt's und hängt ihrer Blick-Erklärung gleich noch einen Nachtrag an: Denn immer wenn sie am Bahnhof ankommt, sieht Anna-Sophie Braun nicht nur die Luitpoldstraße, sondern auch den Bahnhofsvorplatz mit all dem Fahrrad-Durcheinander. „Das stört mich. Auch ich finde ja keinen geeigneten Abstellplatz für mein Fahrrad auf dieser Bahnhofseite. Aber die Bamberger Grünen machen eine gute und kreative Radverkehrspolitik. Daran arbeite ich gerne mit.“

# Gegen Kirchturm-Denken und für mehr demokratische Kontrolle

Interview mit Andreas Lösche, der für die Grünen im Bezirkstag einiges zu tun sieht.

Immer wenn Landtagswahlen sind, wird auch der Bezirkstag gewählt. Sieben Bezirkstage gibt es in Bayern, für jeden Regierungsbezirk einen. Der oberfränkische hat seinen Sitz in Bayreuth, umfasst in der Regel 16 Mitglieder, wählt sich einen Bezirkstagspräsidenten und bildet derzeit drei Ausschüsse: Rechnungsprüfungsausschuss, Ausschuss für Soziales und Bezirksausschuss.

Aha. Aber was genau macht dieser Bezirkstag, von dem man so selten überhaupt etwas hört, genau? Das fragte die 99Z Andreas Lösche, der für die Grünen genau dort hinein gewählt werden und mitmischen will.

**99Z: Andreas, erklär mal, was genau macht der Bezirkstag?**

**Lösche:** Der Bezirkstag ist über den Gemeinderäten bzw. Stadträten und den Kreistagen die

dritte kommunale Ebene. Er nimmt Aufgaben wahr, die eine Gemeinde, eine Stadt oder ein Landkreis nicht alleine schultern kann. Dies sind im Wesentlichen Fragen der Gesundheitsvorsorge, der Sozial- und Jugendhilfe und kulturelle Aspekte.

**99Z: Und ist es denn wichtig, dort Politik zu machen?**

**Lösche:** Absolut, die Arbeit des Bezirks kommt, wenn sie denn richtig gemacht wird, direkt bei den Menschen an, sei es bei der Betreuung psychisch Kranker, in der Altenpflege oder bei Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung. Dazu braucht es Geld – Geld, das gut angelegt ist.

**99Z: Wie finanziert sich der Bezirk?**

**Lösche:** Da der Bezirk keine eigenen Steuern erhebt und

kaum eigene Einnahmen hat, finanziert er sich zum einen Teil durch Zuwendungen vom Freistaat Bayern, zum anderen, größeren Teil durch die so genannte Bezirksumlage.

Das bedeutet: Die Landkreise und Städte in Oberfranken müssen etwas von ihrem Geld an den Bezirk abgeben, die Höhe legt der demokratisch gewählte Bezirkstag fest. Leider sitzen aber in diesem Bezirkstag sehr viele Bürgermeister und Landräte, die nur auf ihren eigenen Haushalt schauen und nichts hergeben wollen, obwohl das Geld ja den Menschen in Oberfranken direkt zugute kommt. Da gibt es leider ein Kirchturm-Denken, das dringend beendet werden muss. Oberfranken rühmt sich seit Jahren, bayernweit die geringste Bezirksumlage zu erheben. Ich weiß nicht, worauf man da stolz sein könnte ...

**99Z: Mit dem Fall Mollath ist der Bezirk in die Schlagzeilen gekommen. Gustl Mollath war über sieben Jahre in geschlossenem psychiatrischem Gewahrsam – wie jetzt gerichtlich bestätigt wurde, zu Unrecht. Was genau hatte das mit dem Bezirk zu tun?**

**Lösche:** Gustl Mollath war in der geschlossenen Forensik des Bezirksklinikums Bayreuth untergebracht. Wie der Name schon sagt, befindet sich diese Klinik in der Trägerschaft des Bezirks. Obwohl sich die Anzeichen mehrten, dass Mollath zu Unrecht in Gewahrsam war, hat man von Seiten des Bezirks nichts unternommen.

Hier hat eindeutig die politische Kontrolle durch den Bezirkstag gefehlt. So etwas darf nicht wieder passieren!

**99Z: Der Bezirk ist also auch ein großer Arbeitgeber?**

**Lösche:** Oh ja, in seinen Kliniken, Schulen, Lehranstalten, Museen und anderen Einrichtungen beschäftigt der Bezirk Oberfranken über 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn man jetzt weiß, wie schwierig es geworden ist, Personal in der Kranken- und Altenpflege zu finden, dann muss sich der Bezirk schon kräftig auf die Hinterbeine stellen und seine Arbeitsstellen attraktiv gestalten. Bezahlung nach Tariflohn ist da natürlich eine Selbstverständlichkeit.

**99Z: Was konkret nimmst du dir vor, wenn du in den Bezirkstag gewählt wirst?**

**Lösche:** Mein Ziel ist eine deutlich solidere finanzielle Ausstattung des Bezirks, damit wir in Zukunft unseren Aufgaben besser gerecht werden können. Dazu müssen die Bürgermeister und Landräte natürlich von



Andreas Lösche ist Direktkandidat im Stimmkreis Bamberg Stadt für den Bezirkstag Oberfranken

ihrem Kirchturmdenken abrücken. Die Aufgaben des Bezirks werden in Zeiten einer älter werdenden Gesellschaft sicher nicht weniger, hier ist Weitblick gefragt. Außerdem möchte ich gerne in den Stiftungsrat der Oberfrankenstiftung, damit künftig nur gefördert wird, was auch förderwürdig ist.

Interview: sys

## Wahlgeschenk direkt aufs Konto

Statt in bessere Kinderbetreuung zu investieren, will die CSU mit wohlfeilen Euro-Beträgen für Kleinkinder Stimmen fangen. Sieht so effiziente Familienförderung aus?



Foto: stock.adobe.com

Ab September, also einen Monat vor der Landtagswahl, bekommen Eltern von ein- und zweijährigen Kindern monatlich 250 Euro vom Freistaat Bayern überwiesen. Mit dieser Gießkannenaktion, über die sich natürlich alle betroffenen Familien freuen, erhöht die Staatsregierung das Einkommen einiger Familien pauschal, was den Freistaat insgesamt knapp 800 Millionen Euro kostet.

Wir Grüne wollen dieses Geld lieber zielgerichtet für mehr und bessere Betreuung und für die Unterstützung von finanzschwachen Familien einsetzen. Bayern braucht nach wie vor zuallererst mehr gute Betreuungsplätze, flexible Öffnungszeiten und mehr

Personal in den Kitas. Alle Eltern, die in Bamberg schon einmal bangend auf einer webKITA-Warteliste standen und sich unsicher waren, wie es nach der Elternzeit weiter geht, wissen, wie belastend diese Situation für die Familie sein kann.

Darüber hinaus brauchen wir endlich eine angemessene Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern, die sich um unsere Kinder kümmern. Das geplante Familiengeld der CSU-Regierung unterstützt pauschal auch vermögende Familien mit ein- oder zweijährigen Kindern, während bedürftige Familien mit dreijährigen Kindern leer ausgehen. Auf welchen sozialpolitischen Grundsätze soll so eine Regelung denn beruhen?

Laut repräsentativer Umfrage des Instituts CIVEY wünschen sich 44,5 % der Menschen – darunter über 50 % der Familien mit Kindern – längere Öffnungszeiten der Kindertagesstätten und mehr Personal. Nur 19,5 % sehen in dem angekündigten „Familiengeld“ eine sinnvolle Entlastungsmaßnahme. Mag die Freude über das Wahlgeschenk bei den Familien im ersten Moment noch so groß sein, eine wirklich bedarfsorientierte Investition öffentlicher Mittel gibt es nur mit GRÜNEN.

Jonas Glüsenkamp

## 3400, 1500, ... wer bietet weniger?

Wie viele Geflüchtete sollen künftig in der Aufnahmeeinrichtung Oberfranken AEO in Bamberg leben? Ein schwarzes Zahlenspiel ...

Über lange Zeit steckten Bamberger CSU-Politiker\*innen in einem ziemlich bescheuerten Dilemma, was die auf 3400 Asylsuchende ausgelegte Aufnahmeeinrichtung AEO angeht. Einerseits sagten sie den Bürger\*innen Unterstützung zu, die eine Verkleinerung forderten. Andererseits hatte ihre eigene Partei unter Ministerpräsident Seehofer genau dies genau so zu verantworten. Da hieß es Kopf einziehen, Ohren anlegen und hoffen, dass der Widerspruch nicht gar zu sehr auffällt.

Nun soll die AEO eines der AnKER-Zentren sein, die in

ganz Deutschland neu installiert werden. Und als Seehofer, inzwischen zuständiger Bundesinnenminister, nach deren Größe gefragt wurde, machte sich nach und nach über subalterne Ministervertreter die ungefähre Zahl 1500 breit. Darauf stürzten sich freudig die hiesigen CSUler\*innen und verkauften die Zahl umgehend als ihre Errungenschaft und feste Zusage. Doch beides ist sie bei weitem nicht, vor allem nicht für Bamberg.

Die AEO hat seit ihrem Bestehen 2015 nie mehr als 1500 Personen beherbergt, was übrigens nicht bedeutet, dass

die Asylsuchenden großzügig auf alle 3400 Unterkunftsplätze verteilt werden. Im Gegenteil, ein großer Teil der Häuser steht ganz einfach leer – und das wird auch so bleiben. Denn freigeben will der Freistaat Bayern den Leerstand keinesfalls, sondern vielmehr als Reserve vorhalten.

Eine Belegung mit 3400 Menschen ist in Bamberg also keinesfalls ausgeschlossen, wenn es notwendig werden sollte. Und die Notwendigkeit wird nicht von der Stadt Bamberg bestimmt und schon gar nicht von hiesigen CSUler\*innen.

sys

**COPY SHOP** 30 Jahre

**35<sup>ct</sup>**

**pro Farbdruck / -kopie DIN A4 auf 80 g Papier weiß**

Am Kranen 12 a, 96047 Bamberg (im ehemaligen Bürozentrum Kutz)  
Tel. 0951-982120, Fax 9821233  
info@copy-shop-bamberg.de  
tägl. 8-19 Uhr, Sa 9-15 Uhr  
Notdienst Telefon 0170 -6163532

Gut zum Fuß - gut zur Umwelt - GUTE WAHL!

**SCHUH-LECHNER**

Bei uns erhalten Sie *... natürlich bequem!*

Ströber + Think + Harljes + Ganter + Haferl  
Vabeene + Loint's + Stegmann + Däumling

BA - JOSEPHSTR. 9 Bhf/Bus (Luitpoldeck) je 5 min  
Mo - Fr 10.30 - 18.30 h Sa 10.30 - 14 (16) h Tel 0951/201266

Gesundes Bauen & Wohnen

**GEORG LUNZ**

- Maler-Meisterbetrieb
- Angewandte Baubiologie
- Maler-Fachhandel

Geisfelder Straße 8, 96123 Litzendorf  
Tel.: 0 95 05 / 61 73, Fax: 0 95 05 / 95 01 33  
E-Mail: malermeister.lunz@t-online.de

# Warum AnkER-Zentren für alle schlecht sind

Bundesinnenminister Horst Seehofer plant so genannte Ankunfts-Entscheidungs-Rückführungs-Zentren (AnKER) in ganz Deutschland. Die Blaupause dafür liefert Bamberg mit der Aufnahmeeinrichtung Oberfranken, wo der Freistaat schon seit Jahren ausprobiert, wie man die Rechte von Flüchtlingen weitestmöglich beschneidet, diese konzentriert unterbringen und von der einheimischen Bevölkerung abschotten kann. Doch die Erfahrungen in Bamberg zeigen vor allem eines:

## AnKER-Zentren sind ...

### ... schlecht für Flüchtlinge

Sie werden massenhaft und auf engem Raum mit fremden Menschen untergebracht. Zimmer und Wohnungen können nicht abgeschlossen werden, Privatsphäre ist kaum vorhanden. Weil sie weitestgehend Sachleistungen erhalten, wird fremdbestimmt, was sie essen, womit sie sich waschen und welche Kleidung sie tragen. Bargeld ist auf ein Minimum reduziert. Es gibt kaum Möglichkeiten, Deutsch zu lernen. Arbeiten ist verboten. Mehrmals in der Woche werden nächtliche Abschiebungen durchgeführt, die alle verängstigen. Für Kinder im Schulalter gibt es eine Art Beschulung, die mit einer normalen Regelschule wenig zu tun hat. Für kleine Kinder gibt es kein Angebot. Das tätigkeitslose Leben in der

Unterkunft verursacht „Lagerkoller“, Depression und Folgekrankheiten. Die Massenunterbringung ist bester Nährboden für Konflikte, häufig taucht Polizei auf, Security-Leute sind allort und geben oft selbst Anlass zu Auseinandersetzungen.

### ... schlecht für Bamberg

Integration Fehlanzeige. Selbst die willigste Bevölkerung ist nicht in der Lage, eine Massenunterkunft am Stadtrand mit aktuell ca. 1500 Personen und hoher Fluktuation zu integrieren, geschweige denn mit einer möglichen Vollbelegung von 3400 Personen. Kontakt wird zwar nicht unterbunden, aber auch nicht gefördert. Viele Menschen in Bamberg empfinden die AEO als beunruhigenden Fremdkörper.

### ... schlecht für den Rechtsstaat

Zumindest dann, wenn man Rechtsstaat so versteht, dass jeder Mensch zu seinem Recht kommen soll. Das kann man zwar theoretisch auch in einer Massenunterkunft, aber dazu muss man seine Rechte ja überhaupt erst mal kennen oder die Möglichkeit zur Information haben. Das gehört aber offiziell nicht zu den Aufgaben der Einrichtung. Nur ehrenamtliche Helfer\*innen und die personell unterbesetzte Asylsozialberatung sind hier Anlaufstellen. Aber viele Geflüchteten bleiben allein schon aus praktischen Gründen von ihren Rechten abgeschnitten, weil sie keine Ahnung davon haben (können).

### ... schlecht für eine geordnete Asylpolitik

Als zentraler Vorteil und Grund für die AnkER-Zentren wird angeführt, dass dort alle am Asylverfahren beteiligten Behörden vor Ort sind. Das überzeugt in gewisser Weise, verwundert aber auch ein bisschen angesichts der heutigen digitalen Möglichkeiten. Vor allem aber ist es nicht notwendig, zusammen mit den Behörden auch gleich noch die Men-



Karikatur: Thomas Plassmann

schen konzentriert unterzubringen. Die Effizienz von Behördenarbeit hängt eher von deren personeller Ausstattung und Qualifikation ab als davon, ob sie Teil einer Massenunterkunft sind. Beachtlich ist in dem Zusammenhang, dass die Zahl der untergetauchten Flüchtlinge seit Beginn der AEO (2015, damals ARE) bei ca. 30% liegt – kein Indiz für eine geordnete Asylpolitik.

### ... schlecht für den Haushalt

Auch wenn der Freistaat in der AEO massiv Leistungen für die Geflüchteten kürzt und damit Geld einspart, gibt er an anderer Stelle dieses Systems Unsummen aus, die sonst nicht notwendig wären: etwa für die Kantinenverpflegung (obwohl

die Flüchtlinge sich lieber selbst versorgen würden), für die Security (in dezentralen Unterkünften gibt es in der Regel gar keinen Sicherheitsdienst), für häufige Polizeieinsätze.

### ... schlecht für die Demokratie

Mit ihrer Asylpolitik driftet die CSU absichtlich immer weiter nach rechts, um dort auf Stimmenfang zu gehen. Die Angst vor der AfD sitzt offenbar tief in den bayerischen schwarzen Knochen. Und das Straußsche Credo, dass es keine Partei rechts der CSU geben dürfe, führt dazu, dass sich Konservatismus zunehmend in Rechtspopulismus verwandelt. Die Asylpolitik der CSU reduziert sich mittlerweile auf das einfache Motto „Hauptsache,

irgendwas gegen Flüchtlinge“. Sie opfert damit leichtfertig demokratische und freiheitliche Werte und bedient Resentiments aus billigem Wahlkalkül.

### ... vielleicht nicht schlecht für die AfD

Die AnkER-Zentren könnten auch eine Erfindung von Gauland, Weidel & Co. sein. Aus der Opposition heraus eine Regierungspartei wie die CSU so vor sich her zu treiben, dass sie quasi die Politik für einen umsetzt – schon eine coole Sache. Da muss die AfD nur noch hoffen, dass die Wähler\*innen das Original wählen und nicht die Kopie.

## Ursula Sowa



„Geflüchtete Menschen verdienen Respekt. Wir müssen in die Chancen von Migration investieren, nicht in Abschottung.“

## Im Gespräch mit Martin Jansen

# „Die Politik nimmt in Kauf, dass durch ein Massenlager Kriminalität gefördert wird.“

Was sagen statistische Zahlen über Kriminalität eigentlich aus, wenn man die Zusammenhänge genauer hinterfragt? Die 99Z sprach darüber mit Martin Jansen vom Verein „Freund statt fremd e.V.“

99Z: Sie sprechen bewusst von der AEO als „Massenlager“? Was wollen Sie damit ausdrücken?

Jansen: Der Begriff „Massenlager“ verdeutlicht den grundlegenden Charakter der Einrichtung: Menschen, die auf der Flucht sind, werden in großer Zahl in einer Einrichtung zusammengefasst, die „lagerähnlichen“ Charakter hat. Diese Einschätzung bestätigt auch Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei: Der sich ebenfalls offen gegen Seehofers Lagerpolitik ausspricht.

99Z: Flüchtlinge aus der AEO tauchen in der Kriminalitätsstatistik erkennbar auf. Also: Wohnen in der AEO sehr viele Kriminelle oder entsteht durch die AEO Kriminalität?

Jansen: Flüchtlinge, die nach Bamberg kommen, sind ebenso wenig „kriminell“ wie die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland auch. Sie wünschen sich nach schlimmen Kriegserfahrungen, Verfolgung und Flucht vor allem Ruhe und Sicherheit. Viele von ihnen, vor allem auch die Kinder, haben traumatische Erlebnisse hinter sich und sind damit besonders schutzbedürftig. Dieser notwendige Schutz wird ihnen in der AEO aber nicht gewährt. Im Gegenteil: Die AEO Bamberg zeigt hochproblematische strukturelle Merkmale auf, die besonders bei der Entstehung von Kriminalität eine Rolle spielen.

99Z: Welche Rahmenbedingungen konkret sind verantwortlich? Nennen Sie bitte Beispiele!

Jansen: Als Beispiele sind an erster Stelle die Größe der Einrichtung und die Enge der Unterbringung zu nennen, dazu die fehlende Privatsphäre und fehlende Rückzugsmöglichkeiten. Hier entstehen schon im alltäglichen Zusammenleben außergewöhnliche Spannungen.

Dazu kommen dann individuelle Faktoren auf Seiten der Bewohner wie Traumatisierungen, usw. Auf der anderen Seite steht das permanente Risiko einer Abschiebung, Frustration und Angst vor der ungewissen Zukunft.

Das zentrale Problem der AEO ist für uns aber die Grundstimmung, die in der Einrichtung herrscht: Schon seit der Eröffnung im Jahr 2015 als „ARE II“ geht es vorrangig um Abschreckung, Abschottung und möglichst schnelle Abschiebungen. Diese Politik soll mit den geplanten AnkER-Zentren auf Bundesebene 1:1 fortgesetzt werden.

99Z: Einen merkbar hohen Anteil haben Zuwandernde an Landdiebstählen und Körperverletzungen? Können Sie auch das aus dem System AEO erklären?

Jansen: Was den zahlenmäßigen Anstieg der erfassten Eigentumsdelikte betrifft, sind die größten Probleme der Entzug des sozioökonomischen Existenzminimums und das Sachleistungsprinzip. Auch die GdP bestätigt, dass es hier aus kriminalpräventiver Sicht bei den geplanten AnkERzentren große Bedenken gibt. Gewaltdelikte zeigen sich dagegen aufgrund der bestehenden Spannungen oft direkt innerhalb der AEO zwischen unterschiedlichen Migrantengruppen, d.h. die Bevölkerung ist in vielen Fällen gar nicht direkt betroffen.

99Z: Wird aus Ihrer Sicht die Kriminalitätsstatistik genutzt, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen? Und wenn ja, von wem?

Jansen: Zu beobachten ist eine flüchtlingsfeindliche Instrumentalisierung der vorliegenden Kriminalitätsstatistiken durch fremdenfeindliche Parteien oder eine populistische, undifferenzierte Berichterstattung in der Presse. Wer Menschen auf der Flucht aber unter Generalverdacht stellt, schürt Ängste in der Bevölkerung und provoziert ein Klima der Ablehnung und des Hasses! Dazu kommt, dass kriminalitätsfördernde Strukturen in der AEO von den politischen Entscheidungsträgern nicht nur nicht beachtet, sondern billigend in Kauf genommen werden. Flüchtlinge, aber auch die Bewohner\*innen Bambergs, werden damit vor dem Hintergrund der bayerischen Landtagswahlen zum Spielball einer Politik von Rechtsaußen.

99Z: Was fordern Sie stattdessen?

Jansen: Wir fordern von allen beteiligten Gruppen und Personen mehr Behutsamkeit in der Interpretation von Kriminalitätsstatistiken. Asylsuchende dürfen nicht zum Sündenbock für eine verfehlte Sozial- und Flüchtlingspolitik gemacht werden. Für Bamberg fordern wir



Martin Jansen, von Beruf Krankenpfleger, engagiert sich seit 1991 (mit Unterbrechungen) in der Flüchtlingsarbeit. Bei „Freund statt fremd“ ist er seit 2016 aktiv und hat über das Café Willkommen, das der Verein in der AEO betreibt, viel persönlichen Kontakt zu den dort lebenden Asylsuchenden.

die Schließung der AEO und den Übergang zu dezentralen Konzepten der Flüchtlingsaufnahme und -versorgung. Normalitätsprinzip statt Abschottung. Soziale Integration statt Massenunterkunft. Das Konversionsgelände in Bamberg bietet hier eine Vielzahl von Möglichkeiten.

Das Interview führte sys

# Lärmschutz – so oder so?



Lärmschutzwände in Breitengüßbach, zum Größenvergleich ein Erwachsenenfahrrad (Lenkerhöhe 1,25 m).



Fotos: Erich Weiß



Innovativer Lärmschutz im Rheintal.

Foto: Firma Kassecker

Drei Fotos von Lärmschutzwänden. Die beiden links zeigen herkömmliche Lärmschutzwände in Breitengüßbach nach Abschluss des ICE-Streckenausbaus Berlin-München, das dritte rechts zeigt niedrige Schallschutzwände an der ICE-Strecke im Rheintal, entwickelt von der Firma Kassecker in Waldsassen (sie sollen hier beispielhaft für mögliche innovative Lärmschutzmaßnahmen stehen).

So oder so könnte der Lärmschutz entlang der Trasse durch die Weltkulturerbestadt Bamberg aussehen. Dass sie mitten durch die Stadt verläuft, steht mittlerweile fest – die Stadtratsmehrheit sprach sich dafür aus und unterstützt damit die favorisierte Planung der Bahn. Die GAL hatte eine andere Position (u. a. Alternativen prüfen, härtere Zugeständnisse einfordern, Ausbaubedarf an sich in Frage stellen), doch

die Entscheidung ist nun einmal gefallen.

Jetzt geht es also vor allem um einen schonenden Trassenbau durch die Stadt Bamberg – und hier ist die Kommune mit einer starken und offensiven Haltung gefragt. Auf Almosen und Gutmütigkeiten der Bahn zu hoffen, ist leichtgläubig und naiv. Das zeigte sich, als die Firma Kassecker vor kurzem ihr Lärmschutz-System vor Vertreter\*innen der

Stadt und der Bahn vorstellte, auf Initiative von GAL-Stadträtin Ursula Sowa. Von Seiten der Bahn zeigte man sich mürrisch, verwies auf noch ausstehende Zulassungen und machte deutlich, dass man am liebsten so bauen will, wie man das schon seit Jahren und Jahrzehnten gewohnt ist: immer dieselben hohen Wände – basta.

Genau das darf sich die Stadt aber nicht gefallen lassen: Vier, fünf oder sechs Me-

ter hohe Wände quer durch die Stadt wären ein städtebaulicher Wahnsinn. Und sie wären noch viel irrsinniger, wenn es erprobte Alternativen dazu gibt.

Konkret zurück zum Beispiel der Firma Kassecker: Die bereits verbauten niedrigen Lärmschutzwände wie auf dem Foto sind zugelassen und erfüllen die Vorgaben für Züge mit 160 km/h. Gerade deshalb win-

ken Bahn-Vertreter ab, denn ICEs ohne Halt in Bamberg sollen mit 230 km/h durch die Stadt rauschen. Aber muss das sein? Sind eine Handvoll Sekunden Zeitgewinn eine derart massive Verschandelung des Stadtbilds wert? Abgesehen davon ist es laut der Firma möglich, das Konzept auch auf höhere Geschwindigkeiten weiterzuentwickeln, wenn die Bahn entsprechende Nachfrage signalisiert.

sys

## Kleine Fragestunde zur Wahl

**Warum werben die Parteien immer damit, dass man sie bei der Landtags- und bei der Bezirkstagswahl mit beiden Stimmen wählen soll?**

Bei den Wahlen in Bayern werden alle Erst- und Zweitstimmen zusammengezählt, um die Verteilung der Parlamentssitze zu ermitteln. (Anders ist das bei der Bundestagswahl, wo darüber nur die Zweitstimme entscheidet.) Grün wählen bedeutet also: Mit beiden Stimmen Grün wählen!!!

**Wen wähle ich mit der Erst-, wen mit der Zweitstimme?**

Die Erststimme geht an eine/n Direktkandidaten/in im Stimmkreis. Für Bündnis 90/Die Grünen kandidiert im Stimmkreis 402 (Bamberg Stadt) Ursula Sowa.

Die Zweitstimme geht an die Liste einer Partei im Wahlkreis (Oberfranken). Diese Liste umfasst alle Kandidat\*innen, die diese Partei im Wahlkreis aufgestellt hat, das gilt sowohl bei der Landtagswahl als auch bei der Bezirkstagswahl. Aber Achtung: Anders als bei der Bundestagswahl kann man in Bay-

ern kein Listenkreuz machen, also keine Partei als solche ankreuzen. Man wählt die gewünschte Partei, indem man bei einer/m der dort aufgelisteten Kandidat\*innen ein Kreuz macht. Auf diese Weise bekommt sowohl die Partei die Zweitstimme, als auch die angekreuzte Person. Das wiederum kann zur Folge haben, dass nach der Wahl die Reihenfolge einer Liste anders ist als vorher, denn oben auf der Liste steht am Ende der/die mit den meisten, unten der/die mit den wenigsten Stimmen.

Im Stimmkreis Bamberg kandidiert Jonas Glüsenkamp auf der Liste von Bündnis 90/Die Grünen ganz hinten (Listenplatz 16) für den Landtag und kann also gezielt nach vorne gewählt werden.

**Wie setzen sich Landtag und Bezirkstag zusammen?**

Aus allen Erst- und Zweitstimmen wird der Anteil der Partei an den Parlamentssitzen errechnet. Alle gewählten Direktkandidat\*innen erhalten einen Sitz. Die dann noch nicht vergebenen Sitze, die die-

ser Partei zustehen, gehen an die Listenkandidat\*innen der Wahlkreise, zuerst Platz 1, dann Platz 2, dann 3 usw. Hier kann es dann eben eine Rolle spielen, ob ein/e Kandidat/in durch gezieltes Ankreuzen nach vorne gewählt wurde.

Bei der Landtagswahl muss auch noch berücksichtigt werden, wie viele Sitze sich für eine Partei im jeweiligen Wahlkreis berechnen (Wahlkreise sind die sieben Regierungsbezirke, also hier: Oberfranken). Bündnis 90/Die Grünen hat es bisher immer geschafft, einen der oberfränkischen Sitze im Maximilianeum zu erringen, manchmal waren es fast schon zwei.

**Warum hat Ursula Sowa so gute Chancen, in den Landtag zu kommen?**

Ursula Sowa steht auf Platz 1 der grünen Oberfrankenliste – und zwar in allen Stimmkrei-

sen, außer im Stimmkreis Bamberg, weil sie hier ja schon als Direktkandidatin um die Erststimme wirbt. In Oberfranken wird sie auf diesem obersten Listenplatz sehr viele Stimmen bekommen, insbesondere von Wähler\*innen, die einfach nur grün wählen wollen und quasi oben ihr „Listenkreuz“ machen.

**Und wie stehen die Chancen für Bamberger Grüne im Bezirkstag?**

Erststimmenkandidat Andreas Lösche (Oberhaid) und Zweitstimmenkandidatin Anna-Sophie Braun gehen auf den Plätzen 4 und 5 ins Rennen. Natürlich können auch sie vorgewählt werden. Und wenn ein gutes grünes Wahlergebnis dafür sorgt, dass es zwei grüne Bezirkstagsmandate gibt, wird es spannend, wer nach der Wahl auf Platz 2 der Liste steht.

sys

Zum Stimmkreis 402 Bamberg Stadt gehören: Bamberg, Bischberg, Gundelsheim, Hallstadt, Oberhaid, Stegaurach, Walsdorf, Viereth-Trunstadt, Lisberg, Priesendorf  
Der Stimmkreis 402 gehört zum Wahlkreis Oberfranken.

## Stadtteiltour



### Ursula Sowa unterwegs

Die Grünen-Kandidatin radelt im Landtagswahlkampf durch alle Stadtteile Bambergs und kommt dort mit Bürger\*innen ins Gespräch.

- |               |           |  |
|---------------|-----------|--|
| 20. September | 17–23 Uhr | Altstadt, Sandgebiet                                   |
| 21. September | 15–18 Uhr | Bamberg-Ost, Feldkirchenstraße, Gewerbegebiet, Lagarde |
| 22. September | 14–18 Uhr | Bahnhof, Innenstadt                                    |
| 23. September | 14–18 Uhr | Gartenstadt, Stadion, AEO, Hauptmoorwald               |
| 24. September | 14–18 Uhr | Adenauerufer Kiosk Kunni, Wunderburg                   |
| 25. September | 14–16 Uhr | Hainviertel, Ottostraße, Staatsarchiv                  |
| 26. September | 12–15 Uhr | Bug, Solawi (Galgenfuhr)                               |
| 27. September | 14–18 Uhr | Hafen, Gewerbegebiet, Lokschuppen                      |
| 28. September | 14–18 Uhr | Babenberger Viertel                                    |
| 30. September | 14–18 Uhr | Gaustadt, Erba-Insel                                   |

Rad-Tour in die Umlandgemeinden des Stimmkreises 402 Bamberg Stadt: 8. bis 17. September  
Oberfranken-Tour 20. bis 29. September  
Infos: [www.ursula-sowa.de](http://www.ursula-sowa.de)

## SOMMERGRÜN

Das Ferienprogramm der GAL 2018 mit ...

... Taiji und Qi Gong am Adenauerufer, einer Besichtigung des Müllheizkraftwerks, Schnippeln & Swappen mit Ursula Sowa, einer sommerlichen Brunnen-Radtour, einem Weltkulturerbe-Rundgang, Picknick im GAL-Hain in Bamberg-Ost, einem Rhetorikseminar mit MdB Lisa Badum u.v.m.

Mehr Infos auf [www.gal.bamberg.de](http://www.gal.bamberg.de) und Flyer an den bekannten Stellen.



»Stadtphilosophischer Lehrpfad Bamberg«  
Ein Wegweiser durch das philosophische Bamberg von Andreas Reuß und Matthias Scherbaum  
12,00 EUR / ISBN: 978-3-940821-63-8  
Erich Weiß Verlag

NAH- UND FERN  
**UMZÜGE**  
**PETER SCHIELE**  
Auslandstransporte  
Möbel- und Küchenmontage  
Möbellagerung · Außenaufruf  
96052 · Gundelsheimer Str. 100  
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

**KAUFRAUSCH**  
Austraße 27 · 96047 Bamberg  
Tel. 0951-23807 · [www.kaufrausch-bamberg.de](http://www.kaufrausch-bamberg.de)  
Mo.-Fr. 10.00-18.00 Uhr · Sa. 10.00-16.00 Uhr

Punkten und am Ball bleiben  
**Volleyball-Turnier**  
"GRÜN spielt fair"  
15. August, ERBA-Park  
jetzt Team anmelden!  
[kreisverband@gal.bamberg.de](mailto:kreisverband@gal.bamberg.de)  
Ehrung der Sieger\*innen ab 17 Uhr im Faltboot Bamberg

## impresum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet: Pia Dotter, Charlotte Flügel, Dr. Juliane Fuchs, Jonas Glüsenkamp, Harald Rink, Sylvia Schaible (sys), Wolfgang Schenker, Ursula Sowa

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 23777, [gaz@gal.bamberg.de](mailto:gaz@gal.bamberg.de)  
Gestaltung und Satz: Erich Weiß Verlag, Bamberg  
Druck: Haßfurter MEDIENPARTNER GmbH & Co. KG  
Herausgeber: Bündnis 90/DIE GRÜNEN/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt, [www.gal.bamberg.de](http://www.gal.bamberg.de)

Auflage: 20.000  
Nr. 87 / August 2018  
Die 99Z wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.